

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Oberbürgermeister Ernst BACH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWÄRZHÄUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

4. Jahrgang, Nummer 5 - Postversandort Bonn - Bonn, im Mai 1956

I N H A L T

RICHTIGE MASSTÄBE UND RICHTIGE ZIELE von Gerhard Schröder	S. 1
DAS RECHT DER MORALISCHEN UND IDEENPOLITISCHEN SELBSTBESTIMMUNG von Eugen Gerstenmaier	S. 2
ZEHN JAHRE POLITIK FÜR DEUTSCHLAND Entschliessungen des 6. Bundesparteitages der CDU	S. 6
FREIHEIT UND DULDSAMKEIT IM SCHULWESEN von Werner Schütz	S. 9
FRANKFURTER SYNODE: AUCH PFARRER DÜRFEN POLITISCH AKTIV SEIN	S. 12
AUS DEN ARBEITSKREISEN	S. 13
UNS WIRD GESCHRIEBEN	S. 16

RICHTIGE MASSTÄBE UND RICHTIGE ZIELE

Das deutsche Volk und die deutsche Politik sehen sich 11 Jahre nach dem Zusammenbruch in der Lage eines Mannes, der pausenlos geschuftet hat, ohne sich viel umzusehen, jetzt aber die Schaufel in die Erde stösst, sich tief atmend aufrichtet, den Schweiss von der Stirn wischt und - einen Augenblick nur - Pause macht.

Hinter uns liegen Jahre stürmischen Aufbaus. Nach der vorausgegangenen Vernichtungsperiode des Krieges war das verständlicherweise zunächst ein Aufbau mehr im Materiellen, weniger im Geistigen. Nicht nur im Bereich des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens, sondern auch auf kirchlichem Boden gibt es hier offenbare Erfolge. Dafür ein Beispiel:

epd Kiel, 7. Mai. "Seit der Reformation sind in Holstein noch nie so viele Kirchen gebaut und neue Gemeinden errichtet worden wie in den letzten Jahren."

Jetzt kommt das schwierigere Stadium. Die Kräfte werden nicht mehr voll in Anspruch genommen und ganz beherrscht von den immanenten, vorgegebenen Notwendigkeiten des Wiederaufbaus, der zugleich volle Anspannung und volle Befriedigung bedeutete. Es gilt, vom heute erreichten Standort aus für die weitere Arbeit nach drinnen und draussen die richtigen Prioritäten festzulegen. Das kann nicht geschehen ohne Besinnung auf die Fundamente unserer Existenz. Von da aus müssen wir offenbar neu lernen, zwischen gross und klein, wichtig und weniger wichtig, hauptsächlich und nebensächlich, dauernd oder vorübergehend zu unterscheiden.

Dabei zeigt sich, dass wir uns durchaus neu bemühen müssen um die Beantwortung der Frage: wer denn unser Nächster und was das uns Nächste ist. Ich bin vor wenigen Tagen in merkwürdiger Weise darauf gestossen worden. Bei der Eröffnung eines Heims, das den Evangelischen Arbeitervereinen von Rheinland und Westfalen (EAB) als Schulungs- und Erholungsstätte dienen soll, habe ich über das Thema gesprochen: "Gibt es eine evangelische Verpflichtung zum öffentlichen Wirken?" Dabei wies ich darauf hin, dass sich die evangelische Kirche in der Sowjetzone in einem Kampf auf Leben und Tod befindet mit einem politischen System, dessen Grundlage der atheistische dialektische Materialismus ist. In einem Diskussionsbeitrag dazu bemerkte ein mit der Männerarbeit in einem bestimmten Bereich beauftragter Pfarrer: hier sei zwar viel von dem Osten und seinen Gefahren die Rede gewesen, aber nicht von den Nöten, die sich aus dem Verhältnis zwischen Evangelischen und Katholiken in der Bundesrepublik ergäben.

Mich hat das sehr nachdenklich gemacht, und ich finde diese Äusserung sehr bedenklich. Ich gebe sie hier wieder als einen Beitrag zu der Frage richtiger Massstäbe und richtiger Ziele. Offenbar wird es noch sehr vieler Anstrengungen bedürfen, bis wir uns über die richtigen Massstäbe und die richtigen Ziele verständigen können. Es ist aber gut, dass wenigstens ein Anfang mit der Diskussion darüber gemacht ist.

Dr. Gerhard Schröder

DAS RECHT DER MORALISCHEN UND IDEENPOLITISCHEN SELBSTBESTIMMUNG

von Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Heute ist dieser Anspruch des deutschen Volkes zwar nicht mehr grundsätzlich bestritten. Solange aber die Sowjetunion Deutschland als Ganzem die Ausübung dieses Rechtes vorenthält, solange wird der Kampf um dieses Recht ein Leitmo-

tiv der deutschen und ein unüberhörbares Thema der internationalen Politik bleiben. Oder glaubt denn jemand, dass in einer Zeit, in der die Völker Asiens und Afrikas sich auf den Weg zur Selbstbestimmung begeben haben, die Mitte Europas sich taub und tatenlos Ideen und "Errungenschaften" unterwerfen wird, die uns aus Herzensgrund zuwider sind?

I.

Dass das deutsche Volk auch nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht nicht daran dachte, auf das Recht zur Neuordnung seines Staatswesens zu verzichten, das hat sich vor allem in der raschen Neugründung der politischen Parteien im Jahre 1945 erwiesen. Wenn man sich vergegenwärtigt, welche Widerstände verkehrsmässiger, technischer und politischer Art in dem viergeteilten Deutschland jedem überlokalen Organisationsversuch entgegenstanden, dann wird man die Initiative erst recht zu würdigen wissen, mit der damals halbverhungerte, fahle Gestalten ans Werk gingen, um die Grundlagen eines neuen deutschen Staates zu legen. Am 4. März 1945 war Köln besetzt worden. Vom 19. März stammt der Programmentwurf für die Bildung einer neuen "Christlich-Demokratischen Volkspartei". Im Mai, kaum dass der Donner des zweiten Weltkrieges verstummt war, kam ein Kreis von Männern in Köln überein, eine solche christlich-demokratische Partei zu errichten. Ich erwähne diese Kölner Gründung deshalb, weil sie wahrscheinlich die früheste ist von den vielen, die 1945 im Norden und Süden Deutschlands erfolgten. Vor allem aber deshalb, weil damals in Köln eine Entscheidung getroffen wurde, die symptomatische und programmatische Bedeutung für die CDU erlangt hat. Denn dort entschied man sich dafür - wie danach in Frankfurt, in Berlin, in Stuttgart, in Würzburg, in Freiburg, in Hamburg, in Kiel -, nicht wieder in den Turm des Zentrums zurückzukehren oder es noch einmal mit einer konservativen Partei zu versuchen, sondern die Brücke zwischen den Konfessionen zu schlagen. Dieser Entschluss kam nicht von ungefähr. Er entsprach einem noch tieferen als breiten Begründungszusammenhang. Doch er musste auch vollzogen werden, und das war trotz allem keine bare Selbstverständlichkeit. Denn wie stark angesichts der Trümmerberge und einer trostlosen Zukunft das Bedürfnis war, gar nichts mehr zu tun und sich die Decke über den Kopf zu ziehen oder wenigstens einfach zurückzulaufen in die alten Ställe vor 33, das haben wir erlebt.

Den Berlinern mit Andreas Hermes kommt - wenn mich meine Quellen nicht im Stich lassen - das Verdienst zu, der neuen Partei den Namen "Christlich-Demokratische Union Deutschlands" gegeben zu haben, so wie die Bayern den Namen "Christlich-Soziale Union" Adam Stegerwald verdanken. Ich lasse dahingestellt, ob in der Bevorzugung der Bezeichnung "Union" vor "Partei" der Vorbehalt mit zum Ausdruck kam, mit dem sich auch die CDU bis heute herumschlagen muss. Sicher ist jedenfalls: eine sonderlich warme Aufnahme ist den neuerstandenen Parteien nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland nicht zuteil geworden. So fatal die Erinnerungen an die Herrschaft Hitlers auch waren, so wenig beliebt war und ist bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Erinnerung an die Weimarer Zeit, an ihre Wirtschaftskrisen, an ihre Arbeitslosenziffern, an ihre Regierungswechsel und den Wirrwarr ihres Vielparteiensystems. Ich verbinde kein Urteil über die tatsächliche politische Leistung der Weimarer Republik mit der Feststellung, dass die Erinnerung an sie weder eine Ermutigung noch ein Erfolg für die heutigen Parteien in Deutschland ist.

Die kühle Distanz zu den Parteien als solchen wirkt sich auch hinsichtlich der CDU darin aus, dass diese weit mehr eine Wähler- als eine Mitgliederpartei ist.

Wichtiger für die Wahl unseres Namens scheint mir indessen ein anderer Gesichtspunkt gewesen und geblieben zu sein: Es gibt wohl keine einzige lokale oder regionale Gründung der CDU, die nicht klar und entschieden in dem Willen erfolgt wäre, eine politische Union, eine festverankerte, dauerhafte Aktionsgemeinschaft von katholischen und evangelischen Christen, von Arbeitern und Unternehmern, von Bauern und Handwerkern, von Freischaffenden und Beamten, von Stadt und Land an die Stelle der alten, aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Parteibildungen zu setzen. Selbstverständlich waren dabei auch reale politische Zwecküberlegungen von nicht geringer Bedeutung. Aber so real sie auch waren und so gewichtig sie geblieben sind, sie reichen doch nicht an das letzte Fundament der CDU: Es gehört zu ihrem Wesen, dass sie über alle rationale politische Zweckbegründung hinaus von etwas lebt, bestimmt und getragen wird, auf das sich zwar hinweisen lässt, das sich jedoch der rationalen Durchleuchtung, der psychologischen, soziologischen und politischen Analyse letztlich entzieht, weil es mehr den Bereichen der persönlichen Glaubenserfahrung und des geschichtlichen Erlebnisses der Nation als der politischen Programmatik entstammt.

Beides zusammen, ein religiöses und ein nationales Motiv, bildet den Beweggrund, den eigentlichen, fruchtbaren Kern der neuen politischen Aktionsgemeinschaft, die im Jahre 1945 als Christlich-Demokratische Union erstmalig in der Geschichte Deutschlands erscheint. Diese Erinnerung an die beiden Elemente unserer Existenz als CDU ist wichtig. Denn es ist an der Zeit, das Selbstverständnis der Union von ihren Ursprüngen her der Zufallsdeutung einzelner oder der Missdeutung durch ihre Gegner mit allem Nachdruck entgegenzustellen. Es ist einfach falsch, wenn die CDU heute gelegentlich als ein Grossverband mittelständlerischer und industrieller Interessengruppen mit beachtlichen Anhängseln aus der Arbeiterschaft beschrieben wird. Und es ist mindestens ebenso falsch, wenn sie als eine Koalition, eine auf Zeit gebildete politische Interessengemeinschaft der beiden grossen Konfessionen missdeutet wird. Verzeichnungen dieser Art sind häufig nichts anderes als für erlaubt gehaltene Mittel, um der erfolgreichsten politischen Kraft in Deutschland Abbruch zu tun. Sie sind aber auch die Folge einer zehnjährigen Entfernung vom Ausgangspunkt und der harten Inanspruchnahme fast aller führenden Kräfte der CDU auf dem Fronacker der Tagespolitik.

Gefährlicher als die Missdeutungen der Gegner erscheinen mir Missverständnisse innerhalb und ausserhalb unserer Reihen. Die Gefahr der allmählichen Überfremdung durch recht handfeste, vom Nimbus einer sogenannten Realpolitik umflatterte Ansprüche und Unternehmungen von Organisationen, Verbänden und pressure-groups kann gar nicht mehr länger ignoriert werden. Und mit Gefahren dieser Art, die unser ganzes politisches Leben bedrohen, verbinden sich solche der Unterwanderung durch rein taktische Tendenzen und Verhaltensweisen. Es sind dies alles Gefahren, wie sie der politische Alltag und der harte politische Kampf in der Demokratie überall mit sich bringen. Wir können sie auch in unseren eigenen Reihen nicht scharf genug ins Auge fassen und nicht entschieden genug mit dem konfrontieren, was unserem Denken und Handeln Mass und Richtung gegeben hat und der elementare Antrieb unseres Ringens um Deutschland geblieben ist.

Die CDU ist alles in allem der spontanste, der sichtbarste und der wirksamste politische Ausdruck der Wandlung Deutschlands und der Deutschen im 20. Jahrhundert. Diese Wandlung hat zwar nicht erst im Jahre 1945 begonnen, aber sie ist als eine Wandlung auch unseres nationalen Selbstbewusstseins erst vor Augen getreten, als die Terrorherrschaft Hitlers in Blut und Trümmern erstickte. Allen Gründern der CDU gemeinsam war die eindeutige Absage an Klassendünkel, konfessionelle Intoleranz und den nationalen Hochmut der alten, in Jahrzehnten zur Selbstverständlichkeit gewordenen Grossmachtpolitik Deutschlands zwischen Ost und West.

In dieser Absage spiegeln sich keineswegs nur die Demut und Hoffnungslosigkeit des Schwergeschlagenen. Hier wurde vielmehr in klarer Einsicht einem ganzen Götterhimmel an hergebrachten nationalen Wert- und Lieblingsvorstellungen abgesagt. Und die vom Bundeskanzler entwickelte und hauptsächlich von der CDU verfochtene Politik der Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Welt ist einfach eine Konsequenz der Absage an jene alten Vorstellungen und an die Illusion, dass Deutschland mit einer unabhängigen Grossmachtposition zwischen Ost und West den zukünftigen nationalen, sozialen und geistigen Bedürfnissen des deutschen Volkes gerecht werden könne.

Die Wandlung des nationalen Selbstbewusstseins der Deutschen, die sich während und nach dem Sturz des "Dritten Reiches" vollzog, besteht also vor allem - um es noch einmal zu unterstreichen - in der Absage an das alte, goldene nationale Märchen, dass wir Deutschen, wenn wir es nur geschickt anfangen, wenn wir nur kaltblütig und souverän genug mit unserer nationalen Macht umgingen, es auch im 20. Jahrhundert zu einer bestimmenden Weltmachtposition bringen würden. Nun - wir haben es dazu gebracht, unter eine, nein, unter zwei Epochen der Weltpolitik einen Schlusstrich zu ziehen, aber wir haben es nicht dazu gebracht, das Gesicht Europas und der Welt konstruktiv und zukunfts mächtig mitzubestimmen. Wir haben Elend auf Elend gehäuft, wir haben uns und andere um das Glück eines kurzen Lebens gebracht, und wir haben die Hälfte des Vaterlandes darüber verloren.

Ich sage das nicht, weil es uns nicht schmerzte, davon zu reden, sondern ich sage das, weil es - Gott sei's geklagt - heute, nach zehn Jahren, notwendig ist, den Ton des Zynismus und der leichtfertigen Dummheit, der uns da und dort in Deutschland wieder geboten wird, nicht einfach zu ignorieren. Die CDU, ihre Fraktionen und ihre Minister wären nicht gut beraten, wenn sie sich einreden liessen, dass das Wiederlautwerden alter, ungeläuterter Hitleranhänger deshalb bedeutungslos sei, weil es sich dabei zweifellos um zahlenmässig kleine Häuflein handle. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist vielmehr, ob die Leiden Ungezählter verhöhnt, die Umkehr der Geläuterten und die Bereitschaft der Versöhnungswilligen ungestraft missachtet werden dürfen. Ich warne davor, auf diese Provokationen mit der stillen Überlegung zu reagieren, dass auch diese Leute wahlberechtigt und ihre Stimmen so gut seien wie die irgendwelcher anderen. Die CDU jedenfalls verriet sich selbst mit einem solchen Kalkül, denn die CDU ist eine Frucht der Läuterung und Wandlung Deutschlands und der Deutschen.

Ich schliesse diese Erinnerung an die Wandlung der Deutschen und ihres Nationalbewusstseins mit einem zweifachen Hinweis ab:

1. Die deutsche Katastrophe hat das Bewusstsein unseres gemeinsamen geschichtlichen Werdens und damit das Bewusstsein der wurzelhaften Zusammengehörig-

keit aller Deutschen im Glück wie im Unglück nicht ausgelöscht, sondern sie hat dieses Bewusstsein vertieft in der Läuterung und Wandlung unseres Nationalgefühls. Deutschland gehört zusammen, weil eine nicht nach Belieben zu vergessende oder zu ignorierende, trotz Schuld und Niederlagen grosse Geschichte die Deutschen zu einer Nation gemacht hat. Das ist der fast einzige reale Grund für die Wahrheit des Wortes vom unteilbaren Deutschland. Der Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands kann darum - Föderalismus hin, Föderalismus her - auf die sorgsame Pflege des nationalen, d. h. des gesamtdeutschen Geschichtsbewusstseins unter keinen Umständen verzichten. Ich betone, dass es so etwas wie ein bundesrepublikanisches Geschichtsbewusstsein gar nicht geben kann. Man mache sich darum auch gar keine Mühe damit.

2. Für die Nationalisten alten Stils und alter Prägung ist es unverständlich, ja geradezu widersinnig, wenn dieser Bemerkung sogleich die andere hinzugefügt wird: dass die Wandlung des nationalen Selbstbewusstseins in Deutschland zugleich die Voraussetzung, ja die Seele des von uns mit ganzer Kraft unterstützten Ringens um die Einigung Europas ist. Muss es noch einmal gesagt werden, warum wir der Idee des souveränen Nationalstaates im Grunde unseres Herzens abgesagt haben? Ist es wirklich notwendig, zu versichern, dass es uns dabei nicht um Überkonstruktionen der Apparate und Behörden zu tun ist, sondern um eine unabweisbare Konsequenz, die wir Deutschen gemeinsam mit den anderen europäischen Völkern aus den Erfahrungen der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts einfach ziehen müssen? Es ist wahr: wir haben auf dem Wege zu diesem Ziel ohne unser Verschulden Rückschläge, bittere Rückschläge erlitten. Aber es ist nicht wahr, dass damit das Lied aus und das Ziel verfehlt sei. Wer nach zwei Weltkriegen Deutschland und den anderen Völkern Europas noch immer erzählt, dass sie auf den alten Wegen - und es versteht sich: dann auch zu den alten Zielen - besser gingen, der weiss nicht, was er tut. Zum mindesten erzählt er Märchen. Grausame Märchen allerdings! Denn der Geruch von Blut, von viel unschuldigem Blut, von Brand und Tränen schwebt um sie. Wahrlich: "Mit verlorenen Illusionen können wir kein fruchtbares Leben führen!" (Adenauer)

Die vorstehenden Ausführungen werden in der nächsten Ausgabe der "Evangelischen Verantwortung" fortgesetzt. Es handelt sich bei ihnen um einen Auszug aus dem grundlegenden Referat, das Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier am 27. April d. J. vor dem 6. Bundesparteitag der CDU in Stuttgart gehalten hat. Die Red.

ZEHN JAHRE POLITIK FÜR DEUTSCHLAND

Die Verpflichtung der Christlich-Demokratischen Union

Der 6. Bundesparteitag der CDU vom 26. - 29. April 1956 in Stuttgart, der im Zeichen des zehnjährigen Bestehens der CDU stand, wird neben dem Programmparteitag in Hamburg in der Geschichte der CDU seine besondere Bedeutung haben. Er zeigte, allen gegnerischen Abwertungsversuchen zum Trotz, dass die CDU als grosse

staatstragende Partei heute stärker, innerlich lebendiger und aktiver denn je ist. Sie bekundete gerade in der freimütigen Behandlung und echt demokratischen Lösung fruchtbarer Spannungen ihre Geschlossenheit und bekräftigte ihr Bekenntnis zum Westen, zu Europa, zur atlantischen Politik und zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit als dem obersten Ziel jeder deutschen Politik. Das neue sozialpolitische Profil dieser aus ihrer christlichen Verantwortung heraus vom Tage ihrer Entstehung an sozialverpflichteten Partei zeichnete sich deutlich ab und drängt zur Verwirklichung.

Bundeskanzler Dr. Konrad A d e n a u e r wurde einstimmig zum Ersten Vorsitzenden der CDU wiedergewählt. Nach der Neufassung von § 5 des Parteistatuts wählte der Bundesparteitag weiterhin statt der bisherigen zwei nunmehr vier Stellvertretende Vorsitzende, und zwar Ministerpräsident a. D. Dr. h. c. Karl A r n o l d , Bundestagspräsident D. Dr. Eugen G e r s t e n m a i e r , Ministerpräsident Kai-Uwe v. H a s s e l und Bundesminister Jakob K a i s e r .

Da der Stuttgarter Parteitag in Presse und Rundfunk bereits eine eingehende Würdigung gefunden hat, glauben wir, in unserer Korrespondenz auf eine allgemeine Berichterstattung verzichten zu dürfen. Wir geben hier jedoch drei der von diesem Parteitag angenommenen Entschliessungen wieder, von denen wir annehmen, dass sie das besondere Interesse unserer Leser finden:

Aussenpolitik

"Die bisherige Politik der Bundesregierung findet die einhellige Billigung der Delegierten. Die Delegierten sind der Überzeugung, dass die Bundesregierung auch weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen und jede Gelegenheit ergreifen wird, die sich für eine wirksame Fortsetzung der Politik der W i e d e r v e r e i n i g u n g in Frieden und Freiheit bieten.

Es ist die einmütige Auffassung der Delegierten, dass die Fortsetzung der Politik der e u r o p ä i s c h e n E i n i g u n g und der a t l a n t i s c h e n S o l i d a r i t ä t hierfür eine wesentliche Voraussetzung ist. Die Christlich-Demokratische Union bekennt sich nachdrücklich zu einer Politik des Friedens und der Entspannung auch im V e r h ä l t n i s z u r S o w j e t u n i o n . Experimente, die die Freiheit und Sicherheit des ganzen deutschen Volkes gefährden, lehnt sie ab.

Die CDU ist ferner entschlossen, allen Versuchen der k o m m u n i s t i s c h e n D o k t r i n , in welcher Form sie auch immer uns propagandistisch zu überwinden versucht, mit der ganzen Kraft unserer c h r i s t l i c h e n Ü b e r z e u g u n g entgegenzutreten.

Die Delegierten erachten es als eine Pflicht der Union, dem R e c h t a u f d i e H e i m a t als einem festumrissenen Bestandteil des Völkerrechts und der Menschenrechte internationale Anerkennung zu verschaffen."

Sowjetzone

"Die Delegierten des 6. Bundesparteitages in Stuttgart vereinen sich mit allen Deutschen in dem Bekenntnis zu unseren Landsleuten in der sowjetischen Besatzungs-

zone, die ihrer persönlichen Freiheit beraubt wurden, nur weil sie zu ihrer politischen Überzeugung und zu ihrem Glauben standen.

Sie sind die Opfer einer Justiz, deren Ungesetzlichkeit die Machthaber der sogenannten DDR jetzt selbst zugeben müssen. Das Gewissen der Welt darf nicht schweigen, bis sich die Tore der Zuchthäuser in der Sowjetzone für alle politischen Gefangenen geöffnet haben."

Sozialreform

"Die Lebensumstände in fast allen Gruppen unseres Volkes haben sich in den letzten 70 Jahren entscheidend gewandelt. Die bestehenden Regelungen der sozialen Hilfe können daher weder nach ihrem Umfang noch nach ihrem Anwendungsbereich der veränderten Situation gerecht werden. Sie bedürfen einer grundlegenden Neuordnung, die fast alle Lebensbereiche zu umfassen hat: die Sorge um gleiche Lebens- und Berufschancen für die Jugend, die Sorge um die Familie, insbesondere um die Familie mit mehreren Kindern, die Sorge um den Invaliden, der im vollen Leistungsalter aus dem Arbeitsprozess ausscheiden musste, und die Sorge um die wachsende Gruppe der alten Menschen. Eigenvorsorge und Eigenverantwortung müssen dabei den Vorrang vor staatlicher Hilfe haben, die erst dort einzusetzen hat, wo die eigenen Kräfte versagen. Alle sozialpolitischen Forderungen können aber nur dann erfüllt werden, wenn eine gesunde Wirtschafts- und Finanzpolitik die notwendigen Grundlagen sichert.

Die folgenden Empfehlungen des 6. Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union betreffen den ersten und dringlichsten Teil einer umfassenden Sozialreform, die insgesamt auch weiterhin unsere vornehmste innenpolitische Aufgabe bleiben wird:

Den Forderungen der CDU zur Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenensicherung ist im Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums Rechnung getragen worden. Das Gesetz sollte deshalb unverzüglich verabschiedet werden und in Kraft treten. Es geht davon aus, dass der Rentner, der Invalide und die Hinterbliebenen gleichberechtigte Glieder der Gesellschaft sind, und es gibt allen Arbeitnehmern ausreichende Sicherheit für den Lebensabend, indem es den Rentner aus der Nachbarschaft des Fürsorgeempfängers heraushebt, um ihn stattdessen am Fortschritt und Erfolg der arbeitenden Bevölkerung teilhaben zu lassen.

Die Gesundheit ist das wertvollste Gut für jeden einzelnen Menschen, für die Familie und für die gesamte Gesellschaft. Die Erhaltung der Gesundheit und ihre Wiederherstellung im Krankheitsfalle müssen den Vorrang vor Dauergeldleistungen haben.

Die Sicherung des Lebensunterhaltes für den Versicherten und seine Familie im Falle der Krankheit darf keine unterschiedliche Behandlung und Bewertung der Arbeiter gegenüber den Angestellten erfahren. Die CDU fordert daher die Lohnfortzahlung oder aber eine Ersatzleistung, die in ihrer Höhe der Lohnfortzahlung entsprechen soll.

Wie in der Rentenversicherung müssen auch in der Krankenversicherung die vorbeugenden Massnahmen im Mittelpunkt der Neuordnung stehen, deren prak-

tischer Erfolg nicht zuletzt auch ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Versichertem sowie Behandlungsmethoden nach dem neuesten Stand der medizinischen Wissenschaften voraussetzt.

Im Rahmen der Sozialreform muss auch das F ü r s o r g e w e s e n der neuen Entwicklung gesetzlich angepasst werden.

Die von der CDU/CSU-Fraktion eingeleiteten f a m i l i e n f ö r d e r n d e n M a s s n a h m e n haben vielen Familien notwendige und wirksame Hilfe gebracht. Die CDU wird aufgetretene Schwierigkeiten durch eine Reform der Gesetzgebung überwinden und die Familienhilfe in Zukunft noch wirksamer gestalten. Das wird auch weiterhin durch Steuervergünstigung und Zahlung von Kindergeld erreicht werden.

Die CDU fördert alle geeigneten Massnahmen zur B i l d u n g v o n p e r s ö n l i c h e m E i g e n t u m . Die herkömmliche Form der Bildung von Privateigentum durch Erwerb von Grund und Boden oder eines Eigenheims soll auch weiterhin unterstützt werden. Das Familienheimgesetz ist deshalb vordringlich zu verabschieden.

Darüber hinaus aber sind Möglichkeiten zu schaffen, auch die breite Schicht der Arbeitnehmer an den Sachwerten in der Wirtschaft zu beteiligen. Daher fordert die CDU die beschleunigte Verabschiedung eines Gesetzes zur Bildung von Kapitalanlagegesellschaften. Bei der Privatisierung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen ist die breite Streuung in Kleinbesitz, vorzugsweise in Arbeitnehmerhand, zu fördern. Die erforderliche Anpassung des Gesellschaftsrechts ist vorzunehmen, um die Schaffung betrieblichen Miteigentums überall da zu ermöglichen, wo es von Belegschaften und Unternehmern als Ergebnis einer freien Entscheidung gewollt wird. Steuerliche Vergünstigungen sollen auf allen Gebieten die Eigentumsbildung fördern.

Die soziale Sicherung der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten muss den Verbesserungen durch die Sozialreform entsprechen."

FREIHEIT UND DULDSAMKEIT IM SCHULWESEN

von Kultusminister a. D. Werner Schütz

Diese Begriffe waren und bleiben mit der Persönlichkeit Gotthold Ephraim Lessings verknüpft: Vor fast genau zweihundert Jahren begann "Nathan der Weise" zu entstehen. Im Jahre 1750 bemerkte der grosse Dichter und Denker im Anschluss an eine Rede zur Verteidigung des Schauspiels, dass selbst die Streitigkeiten unterschiedlicher Religionen auf das Nachdrücklichste darin dargestellt werden könnten. Und im Jahre 1754 übersetzte er eine Stelle aus einer damals bedeutungsvollen Schrift, in der ein Götzendiener, ein Jude, ein Mohamedaner und ein Christ ihre religiösen Anschauungen vertraten. Es dauerte dann allerdings noch über zwei Jahrzehnte, bis "Nathan der Weise", ein "dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen", fertiggestellt war.

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts gält "Nathan der Weise" als das einmalige und dauernde Vorbild für Freiheit und Duldsamkeit. Und durch die Jahre geistig-künstlerischer Verfinsterung von 1933 bis 1945 hat die unvergleichliche, von Lessing geschaffene Gestalt nur an Leuchtkraft gewonnen: Wir waren glücklich, dass wieder von unseren Bühnen her das gewaltige Gespräch zwischen dem weisen Nathan und dem Sultan Saladin zu hören war. Die Liebe und Dankbarkeit, die wir alle für Gotthold Ephraim Lessing, einen unserer grössten Klassiker, hegen, verpflichtet uns aber auch zur unbedingten Wahrhaftigkeit und damit zu der Feststellung, dass seine Begriffe von Freiheit und Duldsamkeit heute allein nicht mehr genügen. "Der rechte Ring war nicht erweislich ..." oder "Der echte Ring vermutlich ging verloren ..." - damit treffen wir die Gläubigkeit des heutigen Menschen nicht mehr; und auch nicht den Charakter der aus echter Gläubigkeit gewachsenen wirklichen Duldsamkeit. Nicht weil wir an unserem Glauben zweifeln, sondern weil wir unseres Glaubens gewiss sind - deswegen können wir nicht nur, deswegen müssen wir gegeneinander duldsam sein. Die Ring-Parabel, aus der Zeit Lessings in die unsere übersetzt, würde davon ausgehen, dass nicht jeder der drei Söhne befürchtete, den falschen Ring zu besitzen, vielmehr jeder von der Echtheit seines Ringes gläubig überzeugt wäre. Auf eine kurze Formel gebracht: nicht der Zweifel, sondern der Glaube ist heute für den im politischen Raum tätigen Christen die Grundlage für Freiheit und Duldsamkeit.

Von dieser Erkenntnis her erklären sich zwanglos die Misserfolge aller Bemühungen um Freiheit und Duldsamkeit, die sich auf die überholte Begriffswelt des 18. Jahrhunderts gründen. Nur diese veraltete Auffassung macht manche Kulturprogramme und vor allem manche Schulprogramme überhaupt noch verständlich: Weil man selbst - subjektiv meist durchaus ehrlich - freiheitlich und duldsam zu sein glaubt, wenn man die Programmatik der Gemeinschaftsschule oder christlichen Gemeinschaftsschule vertritt, meint man sie zur Maxime der eigenen politischen Partei machen zu können, ja, denkt man vielfach allen Ernstes daran, sie mit dem Zwange staatlicher Gesetzlichkeit durchzuführen. Hieraus - und vor allem hieraus - ergeben sich die unerfreulichen Kultur- und Schulkämpfe in manchen deutschen Ländern, die quälenden Auseinandersetzungen in der Frage der Lehrerbildung u. ä. m.

Ich muss es als geradezu erstaunlich, mehr noch: als geistlich-geistig rückständig empfinden und bezeichnen, dass bestimmte evangelische Kirchenleitungen oder kirchenpolitisch massgebende Persönlichkeiten in der Schulfrage noch den Begriffen Gotthold Ephraim Lessings von Freiheit und Duldsamkeit verhaftet sind und allen Ernstes in der Öffentlichkeit als eine Art mittlerer Linie die Gemeinschaftsschule oder christliche Gemeinschaftsschule vertreten. Diese sogenannte mittlere Linie ist doch im Grunde nichts anderes als eine Art Zwangstoleranz und in hohem Masse geeignet, die Gewissensbedenken anderer zu missachten: sowohl der Freunde einer evangelischen oder katholischen Bekenntnisschule als auch der Freunde einer christlich nicht gebundenen Weltanschauungsschule.

Von der Absicht, diese Zwangstoleranz unter allen Umständen zu vermeiden, ist die Schulgesetzgebung des Landes Nordrhein-Westfalen getragen. Die Urheber und Ausgestalter dieser Schulgesetzgebung wollten eines bestimmt nicht: ihr persönliches Schulideal der Allgemeinheit durch gesetzlichen Zwang aufnötigen. Sie wussten und wissen, dass der Streit um die Schulformen und Schulinhalte unser öffentliches Leben seit der Mitte des 19. Jahrhunderts belastet, vielfach sogar vergiftet, und dass auch der Weimarer Staat durch die Auseinandersetzungen über die Schulfrage geschwächt wurde (dem Nationalsozialismus ist nicht zuletzt

durch diese Streitigkeiten die "Machtübernahme" vom 30. Januar 1933 erleichtert worden.

Das Schlagwort von der Notwendigkeit einer Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens würde niemals einen solchen Widerhall gefunden haben, wenn nicht in der politischen Arena die einzelnen politischen Parteien als Freunde oder Feinde dieser oder jener Schulformen und Schulinhalte einander zerfleischt hätten. Wir können denjenigen, der an die Echtheit seines Ringes glaubt, nicht zum Zweifel erziehen; und wenn unsere Zweifel ihn in der Benutzung seines Ringes behindern, dann wirken diese Zweifel gegen Freiheit und Duldsamkeit. Es bleibt somit nur übrig, jedem seinen Glauben an die Echtheit seines Ringes - die Richtigkeit der Bekenntnisschule, der Gemeinschaftsschule oder der Weltanschauungsschule - zu belassen. Die heutige und allein mögliche Weiterentwicklung teurer uns von Gotthold Ephraim Lessing geschenkter Begriffe kommt also zu dem Ergebnis, dass es nach den nun einmal im Lande Nordrhein-Westfalen wie überhaupt in Deutschland und Europa gegebenen kultur- und schulpolitisch pluralistischen Verhältnissen einfach unstatthaft ist, den Freunden der Gemeinschaftsschule christlicher Werte die Bekenntnisschule, den Freunden der Bekenntnisschule die Gemeinschaftsschule christlicher Werte oder den ausserchristlich gebundenen Eltern - auch sie gibt es, und auch sie haben gegen den Staat einen Anspruch auf Duldsamkeit - eine christliche Schulform aufzuzwingen.

Aus diesen Gesichtspunkten völliger Duldsamkeit sind die drei Schularten der Bekenntnisschule, der Gemeinschaftsschule christlicher Werte und der Weltanschauungsschule nebeneinander gesetzlich begründet worden und von der Staatlichkeit - aber auch nur von der Staatlichkeit - her gesehen völlig gleichwertig. So sehr das Land Nordrhein-Westfalen jederzeit bereit sein muss - und die CDU wird die Haltung der neuen Landesregierung besonders hier sehr genau im Auge behalten -, das volle Elternrecht zur Errichtung von Bekenntnisschulen katholischer und evangelischer Prägung nicht nur theoretisch anzuerkennen, sondern praktisch durchzusetzen, so sehr sollte gerade die CDU als politische Partei der Versuchung widerstehen, der einen oder anderen Schulform die grössere innere Berechtigung oder höhere Sittlichkeit zuzusprechen. Auf die Bewertung derartiger genuin-pädagogischer Fragen muss im Bereich des politischen Parteientums verzichtet werden. Über die Schulformen und Schulinhalte entscheiden letztlich die für die Erziehung ihrer Kinder nach göttlicher Schöpfungsordnung verantwortlichen Eltern. Und wenn diese Eltern ihre Entscheidung unter Berücksichtigung ihrer religiösen und kirchlichen Bindungen treffen, so hat dies jede Öffentlichkeit als die selbstverständliche Auswirkung der persönlichen Freiheit hinzunehmen. Dieser Hinweis richtet sich besonders an den zerfallenden Liberalismus, für den Möller van den Bruck die treffende Charakterisierung gefunden hat:

"Der Liberalismus ist die Freiheit, keine Gesinnung zu haben und gleichwohl zu behaupten, dass eben dies Gesinnung sei."

Jede andere Auffassung würde eine erneute Verschiebung der der Politik notwendigerweise gezogenen Grenzen in diejenigen Bereiche hinein darstellen, die der Politik und vor allem den politischen Parteien nach den schlimmen Erfahrungen, die wir alle vor und im "Dritten Reich" gemacht haben, endgültig verwehrt sein sollten. Und wer dennoch mit gesetzlichem Zwang im Bereich der Staatlichkeit den Anhängern der Gemeinschaftsschule christlicher Werte die

Bekenntnisschule oder den Anhängern der Bekenntnisschule die Gemeinschaftsschule christlicher Werte oder endlich christlich nicht gebundenen Eltern eine christliche Schulform aufnötigen möchte, der sollte sich bewusst sein, dass er damit in erheblichem Umfange in die Gefahr totalitären Denkens und Handelns gerät.

Solange gegen diese Grundsätze, die sich zwangsläufig auch aus der Zusammensetzung der CDU ergeben - einer bekenntnismässig gemischten Partei, in der Anhänger sowohl der Bekenntnisschule als der christlichen Gemeinschaftsschule zusammensitzen -, in deutschen Ländern verstossen wird - und das geschieht z. Z. noch vielfach -, werden diese Länder nicht den kultur- und schulpolitischen Frieden geniessen, der beispielsweise Nordrhein-Westfalen unter den von Ministerpräsident Karl Arnold geleiteten Landesregierungen in den Jahren 1947 bis 1956 auszeichnete.

FRANKFURTER SYNODE: AUCH PFARRER DÜRFEN POLITISCH AKTIV SEIN

Nach einer ausführlichen Diskussion über die Frage, ob und wie weit das kirchliche Amt seinem Träger Schranken für eine politische Aktivität auferlegen sollte, hat die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau Ende April auf ihrer Frankfurter Tagung in dritter Lesung ein neues Pfarrergesetz verabschiedet, das den evangelischen Pfarrern ausdrücklich das R e c h t d e r p o l i t i s c h e n B e t ä t i g u n g zuerkennt. Es bestand jedoch Einmütigkeit darüber, dass ein Pfarrer durch sein politisches Auftreten seine Predigt nicht unglaublich machen dürfe. In dem Gesetz heisst es daher, dass dieses Recht durch die Rücksicht auf Amt und Gemeinde bestimmt und begrenzt werde.

Die ursprünglich vorgesehene Bestimmung, dass ein Pfarrer nicht als Anhänger einer politischen Partei hervortreten dürfe, wurde von der Synode gestrichen. Nur ein Teil der Synodalen hatte sich zu der Auffassung bekannt, dass ein Pfarrer keiner politischen Partei angehören dürfe, um vor den Angehörigen anderer Parteien nicht als politisch befangen zu gelten. Andere Sprecher vertraten dagegen die Meinung: es sei besser, wenn sich ein Pfarrer - falls ihn sein Gewissen dazu treibe - offen zu einer Partei bekenne. Er erbringe damit den Beweis, dass er die Verantwortung für seine Mitmenschen ernst nehme. Durch seine Bereitschaft, auch mit politischen Gegnern zu sprechen, könne gerade ein solcher Pfarrer mit zu einer Auflockerung des unglücklichen politischen Klimas in Deutschland beitragen, wo man leicht dazu neige, politisch Andersdenkende als Feinde zu betrachten. Gehöre ein Pfarrer keiner Partei an, unterstütze dabei aber doch eine politische Richtung, so müsse sich dies im Gegensatz zum "offenen Visier" unheilvoll auswirken.

Während einer Kandidatur für Landtag oder Bundestag gilt der Pfarrer nach dem neuen Pfarrergesetz als beurlaubt und muss sich seiner Amtsgeschäfte enthalten. Nachdem er ein Mandat für den Bundestag angenommen hat, wird er in den Wartestand versetzt. Demgegenüber vertrat die Mehrheit der Synode den Standpunkt, dass die Tätigkeit eines Landtagsabgeordneten nicht so viel Zeit beanspruche,

dass nicht gleichzeitig ein Pfarramt versehen werden könne. Auch allen übrigen politischen Körperschaften auf Kreis- und Kommunalebene dürfen die Pfarrer der hessen-nassauischen Kirche uneingeschränkt angehören. (nach epd)

AUS DEN ARBEITSKREISEN

"Der Bolschewist unter uns und in uns"

Wochenendtagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU des Rheinlandes

Die seit 1946 unter dem Vorsitz von Regierungsdirektor a. D. Hellmut L a u f f s etwa vierteljährlich stattfindenden Wochenendtagungen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU des Rheinlandes sind zu einer bewährten, fast schon traditionellen Einrichtung geworden. Die wiederum ausserordentlich gut besuchte Tagung, die im April in Düsseldorf, u. a. in Anwesenheit des Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Bundesminister des Innern Dr. Gerhard S c h r ö d e r , stattfand, erwies aufs neue das lebhafteste Interesse der evangelischen Mitglieder der Union des Rheinlandes an dieser besonderen Art der Unterrichtung und Aussprache über politische Fragen und Anliegen unter evangelischem Aspekt.

Das Hauptthema der Tagung stand im Zeichen der geistigen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus. Werner v. L o j e w s k i wies in seinem Referat nach, dass sich seit Stalins Tod die Situation für den Westen keineswegs verbessert habe. Denn obwohl sich an Lehre und Ziel des Bolschewismus nichts geändert habe, d. h. lediglich an die Stelle eines Diktators die Diktatur eines Kollektivs getreten sei, zeigten sich in den westlichen Ländern zweifellos gewisse Aufweichungstendenzen. In mancher Hinsicht gleiche die Stimmung im Westen der zu Beginn des zweiten Weltkrieges, als man sich einzureden versucht habe, die Sowjetunion sei auf dem besten Wege, eine echte Demokratie zu werden. Die Folgen von damals, nämlich Jalta und Teheran, seien für die freie Welt gleichermassen verhängnisvoll gewesen, vor allem natürlich für Deutschland. Das Bestreben, den Kalten Krieg aus einer resignierenden Müdigkeit heraus zu beenden, obwohl man genau wisse, dass der Kreml nur eine Änderung seiner Taktik vollzogen habe, sei heute um so gefährlicher, als man im Westen erkennen müsse, dass die Sowjetunion es sich zum Ziele gesetzt habe, auch wirtschaftlich ein Konkurrent ersten Grades zu werden. Gegenüber der unverminderten Aktivität des Ostens müsse sich der Westen noch intensiver als bisher mit der materialistischen Ideologie auseinandersetzen, um den Angriffen, die mit allen Mitteln der Legalität und der Illegalität an uns herangetragen würden, wirksam begegnen zu können.

In einem längeren Diskussionsbeitrag machte Staatsminister a. D. Dr. Otto S c h m i d t deutlich, dass vor allem auch in unserem alltäglichen Verhalten eminente Gefahrenherde liegen: "Der Bolschewist in uns" stelle eine entscheidende Verstärkung der kommunistischen Bedrohung dar; der verlängerte Arm des dialektischen Materialismus sei der praktische M a t e r i a l i s m u s in uns s e l b s t . Die zweite Gefahr bedeute der K o l l e k t i v i s m u s , der im Osten ideologisch untermauert sei, jedoch auch bei uns in der Gestalt von

Gruppendenken und Gruppenegoismus häufig praktiziert werde. Und was wir in den letzten Jahren bei uns und in anderen westlichen Ländern an K o n f o r - m i s m u s erlebt hätten, sei nicht minder gefährlich, weil auch hier die individuelle Verantwortung zum Erlahmen gebracht werde.

Nach einer lebhaften Diskussion, in der das gemeinsame Bemühen um feste Ausgangspositionen in der für jeden einzelnen von uns unumgänglichen Auseinandersetzung mit den Kräften der materialistisch-atheistischen Weltanschauung sichtbar wurde, sprach als zweiter Referent der bisherige Kultusminister in Nordrhein-Westfalen, Werner S c h ü t z , über die Vorgänge beim Düsseldorfer Regierungsturz. Er kritisierte vor allem das Regierungsprogramm der neuen FDP-SPD-Zentrumskoalition, das gewisse Zweifel an einer kontinuierlichen Fortsetzung der Kulturpolitik aufkommen lassen müsste. Schütz unterstrich das ungestörte Verhältnis der beiden Konfessionen in der CDU; durch die Düsseldorfer Vorgänge sei das gute Einvernehmen nicht geschwächt, sondern eher gestärkt worden. Er sei fest überzeugt, dass die CDU auch weiterhin wachsen werde. Die Bundesrepublik wie das Land Nordrhein-Westfalen stünden und fielen nicht mit der Christlich-Demokratischen Union, wohl aber mit der Verwirklichung der sie tragenden Grundsätze.

stud. rer. pol. Helmut Meigen

+ + +

Bemerkenswerte Bilanz

des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Bayern

Seitdem wir in der November/Dezember-Ausgabe 1955 der "Evangelischen Verantwortung" von der 1. Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU berichtet haben, sind in Bayern d r e i w e i t e r e ö r t l i c h e A r - b e i t s k r e i s e gegründet worden, so dass nunmehr 18 solcher Arbeitskreise mit eigenen Vorstandschaften bestehen, die ihrerseits die Aufgabe haben, die entsprechenden Kreisgebiete organisatorisch zu erfassen. Dabei soll die Bildung von dörflichen Stützpunkten und Gruppen überall dort, wo es noch keine örtliche CSU-Organisation gibt, möglichst mit der Gründung eines Ortsverbandes der CSU verbunden werden.

Welche Bedeutung dem Wirken des Evangelischen Arbeitskreises der CSU zukommt, hat die b a y e r i s c h e G e m e i n d e w a h l vom 18. März d. J. mit hinreichender Deutlichkeit bewiesen: Wo örtliche Arbeitskreise bestehen, haben die CSU-Stimmen sprunghaft zugenommen. Dies gilt besonders von dem überwiegend evangelischen Bezirk M i t t e l f r a n k e n , der im Hinblick auf die Bundestagswahl von 1957 als wichtigstes "Reservegebiet" der CSU angesehen werden muss. Hatte doch hier bisher die FDP, die sich in diesem Raum betont "protestantisch" zu geben versuchte, ihre stärksten Stützpunkte. Welche Möglichkeiten hier bestehen, zeigte vor allem der zu 80 % evangelische Kreis D i n k e l s b ü h l (die "Wiege" des Evangelischen Arbeitskreises in Bayern), in dem die CSU bei der Wahl zum Kreistag 71,9 % aller Stimmen auf sich vereinigen konnte. In der Stadt Dinkelsbühl vermochte die CSU die Zahl ihrer Sitze von 5 auf 8 zu erhöhen. Ein erheblicher Stimmenzuwachs für die CSU ergab sich ferner - um nur einige weitere Namen herauszugreifen - in U f f e n h e i m , W i n d s - h e i m und R o t h e n b u r g o. d. T. Dass sich die Hinwendung der evan-

gelischen Wählerschaft zur CSU jedoch nicht nur auf die ländlichen Gebiete beschränkt, liess Nürnberg erkennen, wo die CSU bisher 8 Stadträte stellte und jetzt durch 14 (8 evangelische und 6 katholische) vertreten ist. Einen ähnlichen Erfolg errang die CSU in Fürth, wo sich die Zahl der CSU-Stadträte von 5 auf 9 (5 evangelische und 4 katholische) erhöhte. Bedeutende Stimmengewinne der CSU waren auch in jenen ober- und unterfränkischen Orten zu verzeichnen, wo in den letzten Jahren oder in jüngster Zeit örtliche Arbeitskreise gegründet worden sind: so z. B. in Kulmbach - bisher 2 (katholische) CSU-Stadträte, jetzt 6 (4 evangelische und 2 katholische) -, Bayreuth, Coburg, Schweinfurt, Kitzingen und Würzburg. Im Bezirk Schwaben steht der Kreis Nördlingen, der den stärksten evangelischen Bevölkerungsanteil aufweist, an der Spitze aller CSU-Ergebnisse: von den 37 Sitzen des Kreistags errang die CSU 22 und gewann damit die absolute Mehrheit. In der Stadt Nördlingen erlitt die SPD, wie Landesvorsitzender v. Knoeringen selbst eingestehen musste, den empfindlichsten Stimmenverlust in ganz Bayern, was in erster Linie auf die Aktivität des dortigen Evangelischen Arbeitskreises zurückzuführen ist.

Am 14. April fand in Ansbach die Jahreshauptversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU statt, die von 85 Delegierten besucht war. In einem einleitenden Referat berichtete der Erste Vorsitzende, Pfarrer und Dozent Alfons Kreußel, München, über die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und bat um Entlastung der Vorstandschaft. Bei der Neuwahl des Vorstandes kam das Einverständnis der Versammlung mit der bisherigen Führung klar zum Ausdruck: Pfarrer Kreußel wurde wiederum zum Ersten und Landrat Dr. Hans Küßwetter, Dinkelsbühl, zum Zweiten Vorsitzenden gewählt. Dritter Vorsitzender wurde Baukaufmann Dr. Heinz Koch, Nürnberg. Weiterhin wurden Studienprofessor Dr. Alexander Keßler, Nördlingen, und Amtsgerichtsrat Dr. Siegfried Hofmann, Bamberg, als Schriftführer sowie Kommerzienrat August Vordemfelde, Aschaffenburg, und Steuerberater Georg Riedel, Nördlingen, als Schatzmeister in den Vorstand gewählt. Die Führungsgremien des Evangelischen Arbeitskreises der CSU sind nunmehr folgende:

1. die Vorstandschaft (= Landesvorstand), die aus sieben Mitgliedern besteht;
2. der Ständige Ausschuss (= Landesausschuss), dem sämtliche evangelischen Bundes- und Landtagsabgeordneten Bayerns sowie die Vorsitzenden der örtlichen Arbeitskreise angehören, wobei weitere Persönlichkeiten noch hinzugewählt werden können;
3. die Delegiertenversammlung (= Landesversammlung), die sich aus den Delegierten der örtlichen Arbeitskreise zusammensetzt.

Im weiteren Verlauf der Jahreshauptversammlung sprachen Dr. Georg Baron v. Manteuffel-Szoegé, MdB, und Staatssekretär a. D. Dr. Paul Nerretter, MdL, in Kurzreferaten über die politische Lage im Bund und in Bayern. Eine lebhafte und richtungsweisende Diskussion über die zukünftigen Aufgaben des Evangelischen Arbeitskreises der CSU schloss sich an. Hierbei wurde unterstrichen, dass der Arbeitskreis durch seine Führungsgremien den politischen Willen der Evangelischen in der Union repräsentativ zum Ausdruck bringen müsse.

Dr. Alexander Keßler

UNS WIRD GESCHRIEBEN"Geister, die ich rief!"

Nur mit allergrösster Sorge kann man vieles verfolgen, was sich im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Wehrfrage im Raum unserer evangelischen Kirche tut. Macht man sich bei denen, die hier glauben, aus theologischen oder politischen Gründen vom geistlichen Amt her zur Wehrdienstverweigerung aufrufen zu müssen, keine Gedanken darüber, dass ausgerechnet in einer traditionell so stark von evangelischem Geist geprägten Universitätsstadt wie Tübingen eine "studentische Aktion" das Schamloseste von einem Aufruf an die Öffentlichkeit bringen konnte, das bislang dem evangelischen Staatsbürger zugemutet worden ist? Wird denen, die seit Jahr und Tag meinen, der politischen Abstinenz das Wort reden zu sollen, nicht bange vor der Substanzlosigkeit, die sich in diesem Aufruf offenbart, wenn gleichzeitig mit der Verhöhnung des Wehrgedankens jeder Andersdenkende einfach als Opportunist oder geistig Beschränkter abgetan wird? Sieht man nicht die grauenhafte Nähe eines absolut destruktiven Nihilismus, wenn für einen Teil der studentischen Jugend hier Vaterland nur noch etwas ist, was "nach Studentenkommers stinkt", und Freiheit nur noch ein "Modethriller"? Ist überhaupt noch ein Rest von Zurückhaltung und Scham vorhanden wenn man als Parole auszugeben sich erdreistet, dass es besser sei, "zehnmal das Vaterland zu verraten, als einmal für's Vaterland zu sterben"?

Und nicht weniger bedenklich muss einen stimmen, was man aus einer der neutralistischen Gruppen erfährt, die sich "Liga der Wehrdienstverweigerer" nennen und aus dem niederdeutschen Raum zu wirken versucht. Sie hat als Geschäftsführer den Vorsitzenden der "Interessengemeinschaft der Wehrdienstgegner". Interessengemeinschaft der Wehrdienstgegner! Müssen Theologen, die von ihrem geistlichen Amt her zur Wehrdienstverweigerung aufrufen, nicht erschrecken vor dem unzweideutigen, unverbrämen Materialismus, der hier offenbar wird? Muss ihnen nicht bange werden vor dem Abgleiten ernster innerer Auseinandersetzungen in krasse Nützlichkeitsniederungen? Sehen sie nicht, wie damit das Verhältnis des Christen zum Leben und zur staatlichen Gemeinschaft im Zentrum bedroht wird? Und doch sitzt mit dem Vorsitzenden dieser Interessengemeinschaft ein evangelischer Pfarrer im Präsidium der "Liga" ...

Dr. Else Brökelschen. MdB

=====

Walzen und Hartguß bis 18 t Stückgewicht

liefert in weltbekannter Güte

HERM. IRLE GESELLSCHAFT

mit beschränkter Haftung

DEUZ (Krs. Siegen i. W.)